

Klimapolitik und Klimagerechtigkeit

Verbindungen zwischen Europa und Südostasien

von
Oliver Pye

*Der Autor ist
Dozent für Süd-
ostasienwissen-
schaft am Institut
für Orient- und
Asienwissen-
schaften der Uni-
versität Bonn.*

Klimagipfel Kopenhagen 2009. Als »Flophenagen« in die Geschichte eingegangen, war der COP 9 ein Beweis für das Scheitern der herrschenden Klimapolitik. Das groß angekündigte Versprechen, das Kyoto-Protokoll durch ein neues, verbindliches Abkommen zu ersetzen und ambitionierte Ziele für die Reduktion von Treibhausgasen zu beschließen, wurde nicht eingelöst. Stattdessen war die Konferenz geprägt von Standortinteressen, undemokratischen Geschäften in Hinterzimmern und dem Fehlen eines echten Willens, Veränderungen vorzunehmen, die eine klimaneutrale Produktion ermöglichen würden.

Kopenhagen steht aber auch für die Geburt einer neuen, globalen Bewegung für Klimagerechtigkeit. Drei große klimapolitische Netzwerke – *Climate Action Network (CAN)*, *Climate Justice Now (CJN)* und *Climate Justice Action (CJA)* koordinierten internationale Protestaktionen. Im Versuch, mit zivilem Ungehorsam und dem *Peoples Forum on Climate Justice* dem Versagen der Regierungsvertreter eine Alternative entgegenzuschleudern, standen Aktivisten aus dem globalen Norden und Süden Seite an Seite. Ihr Protest wurde zwar ignoriert und nieder-geprügelt, doch entstand daraus eine gemeinsame Plattform. In der Erklärung »System Change not Climate Change« wurde eine gemeinsame Kritik an der offiziellen Klimapolitik formuliert, die sehr grund-

sätzlich sowohl das Nord-Süd-Verhältnis als auch die kapitalistische Produktions- und Konsumgesellschaft thematisiert.

Doch was ist aus diesem Ansatz vier Jahre später geworden? Arbeiten Aktivisten aus Europa und Südostasien konkret an dem Projekt Klimagerechtigkeit zusammen? Bestehen klimapolitische Verschränkungen beider Regionen? Wie sind Klimaerwärmung und Klimapolitik in Europa und Südostasien miteinander in Beziehung zu setzen? Und welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede sind zu erkennen?

Europa in der Verantwortung

Die klimapolitischen Verbindungen zwischen Europa und Südostasien sind vielschichtig. Die Klimaschulden Europas – ihr Beitrag zur Akkumulation von Kohlenstoffdioxidequivalenten (CO₂-e) – wird auf 110 Gigatonnen geschätzt, oder 30 Prozent der Gesamtakkumulation. Die historische Schuld Europas wirkt sich sehr konkret auf Südostasien aus. Gerade die Archipel-Staaten wie Indonesien oder die Philippinen werden vom steigenden Meeresspiegel betroffen sein. Viele Hafenstädte, darunter Bangkok, Jakarta und Ho Chi Minh City, werden massive Probleme bekommen. Aber auch Wetterveränderungen werden sich in der Region negativ bemerkbar machen. Burma, die Philippinen, Thailand, Vietnam



*Aktivisten aus
Europa und
Südostasien
demonstrierten
in Kopenhagen
zusammen
Foto: Oliver Pye*



Agrotreibstoffe waren ein prominentes Thema bei der Kritik an der herrschenden Klimapolitik
Foto: Oliver Pye

und Kambodscha werden nach der Einschätzung von *Germanwatch* am schlimmsten von klimabedingten Wetterveränderungen betroffen. Schon jetzt macht die philippinische Regierung die Klimaerwärmung für eine Zunahme von Stürmen und Taifunen, die im letzten Jahr über tausend Tote gefordert haben, verantwortlich. Wo bleiben da die Reparationszahlungen Europas an Südostasien? Auch die im Kyoto-Abkommen vorgesehenen Technologietransfers – etwa für den Ausbau von Energie aus Wind, Wellen, Sonne oder Geothermie oder für die Entwicklung von modernen Eisenbahnsystemen – bleiben aus. Im Gegenteil, in den parallel laufenden Verhandlungen über Freihandelsabkommen beharren die europäischen Unterhändler auf geistigen Eigentumsvorschriften, anstatt den Austausch von Technologieentwicklungen zu fördern.

Stattdessen nutzt Europa Südostasien als Kohlenstoffsenke, um seine eigene Untätigkeit zu kompensieren. Mit dem *European Union Emissions Trading Scheme* (EU-ETS) wurde ein gigantischer Emissionsmarkt geschaffen, der eine Reduktion der Treibhausgase »von alleine« schaffen soll. An diesem Markt sind die Vorstöße zum Programm »Reducing Emissions through Deforestation and Forest Degradation« (REDD) orientiert. Mit etlichen Entwicklungsprojekten sind Länder der EU an Pilotprojekten für REDD – vor allem in Indonesien – beteiligt. Die Grundidee besteht darin, dass europäische Konzerne selbst keine Verminderung ihrer Emissionen tätigen müssen – also weiterhin Öl fördern, Benzin verbrennen, Kohle abbauen usw. dürfen – und stattdessen »Emissionsrechte« aus Indonesien oder Kambodscha kaufen können, die durch das »Nichtabholzen« von Bäumen entstehen. Problematisch dabei ist weniger das Prinzip, dass man für den Schutz von Wäldern bezahlt, sondern dass damit Begehrlichkeiten geweckt werden und mächtige Akteure (wie das Forstministerium oder die Holzindustrie) versuchen, die Kontrolle über von Indigenen bewohnte Waldgebiete zu erlangen. Falls REDD-Emissionsrechte wie geplant in einen Emissionsmarkt eingespeist werden, wird bei dem aktuellen Preisverfall für »eine Tonne

CO₂-e« sehr wenig umwelt- und entwicklungspolitischer Nutzen übrig bleiben.

Mit der Forcierung von Agrotreibstoffen findet eine weitere klimapolitische Verlagerung von Europa nach Südostasien statt. Auf europäischer Ebene wird keine Abkehr der autobasierten Verkehrsmobilität angestrebt. Im Gegenteil. Bis 2030 wird eine Verdopplung des gesamten Transportvolumens prognostiziert mit erhöhtem Anteil von Privatautos, Lastwagen und Flugzeugen. Um diese klimapolitische Fehlplanung grünzuwaschen setzt man auf »Biosprit«, den es in Form von Palmöldiesel inzwischen auch »zertifiziert nachhaltig« zu kaufen gibt. Allerdings findet die damit angetriebene Expansion auch in Torfwäldern statt, und die damit verbundene Entwässerung setzt Millionen von Tonnen neuer Emissionen frei. Die damit verknüpften und auch in diesem Jahr wiederkehrenden Waldbrände führen zu gravierenden Gesundheitsproblemen in der ganzen Region.

Internationales Aktivistennetzwerk

Aus diesen konkreten Verknüpfungen sind konkrete Kampagnen entwickelt worden. Für die kritische Debatte um Agrotreibstoffe in Europa waren Vernetzungen mit Aktivisten in Südostasien entscheidend. Indonesische Organisationen wie das Umweltforum *Wahana Lingkungan Hidup Indonesia* (WALHI), die Umwelt- und Frauenrechtsorganisation *Lembaga Gemawan* oder die Bauerngewerkschaft *Serikat Petani Indonesia* (SPI) nutzten ihre Verbindungen mit europäischen Gruppen, um auf die Folgen der beschleunigten Palmölexpansion aufmerksam zu machen. Gruppen wie *Biofuelwatch* in Grossbritannien, *Milieudefensie* in den Niederlanden oder *Robin Wood* in Deutschland nutzten ihrerseits diese Vernetzungen, um in Europa gegen Palmöl und Agrotreibstoffe mobil zu machen. Inzwischen wurden die EU-Ziele für den Anteil von »bio« am Gesamtverbrauch von Verkehrstreibstoffen von zehn auf fünf Prozent herabgesetzt – weit entfernt von Zielen der Automobil- und Ölindustrie, die einen Anteil von 25 Prozent anstreben.

Klimaschutz nach Kopenhagen

Auch an den Themen REDD und Klimaschulden entwickeln sich transnationale Vernetzungen und kleine Kampagnen, wenn auch weniger intensiv und erfolgreich. Schwieriger gestaltet sich aber eine Zusammenarbeit an der übergeordneten Frage nach Klimagerechtigkeit und nach »System Change«. Die drei großen klimapolitischen Netzwerke haben sich nach Kopenhagen unterschiedlich entwickelt. Climate Action Network hat mit dem Versagen der offi-

ziellen Klimapolitik stark an Einfluss verloren. Das Netzwerk besteht vor allem aus großen Mainstream-NGOs des Nordens und bewegt sich innerhalb des Rahmens der Klimaverhandlungen. Seine Bedeutung für klimapolitische Vernetzungen zwischen der EU und Südostasien tendiert gegen null, weil kaum relevante Organisationen aus Südostasien am Netzwerk beteiligt sind. *Climate Justice Action*, die die UN-Verhandlungen als Teil des Problems betrachten, hat seine Aktionen auf die »fossilistische Produktionsweise« fokussiert. In Klimacamps, Besetzungen von Kohlekraftwerken oder Aktionen für kostenlose öffentliche Verkehrsmittel thematisieren sie die Notwendigkeit einer grundsätzlichen sozio-ökologischen Transformation. Dies findet aber vor allem in Europa statt, und auch sie haben ihr Netzwerk nicht auf Südostasien ausgeweitet.

Climate Justice Now! hingegen hat nach Kopenhagen einen großen Zustrom von Organisationen des Südens zu verzeichnen. Aus Südostasien sind alle klimapolitisch relevanten NGOs am Netzwerk beteiligt, darunter auch WALHI und SPI aus Indonesien, die *Thai Working Group for Climate Justice*, und eine Vielzahl von Organisationen aus den Philippinen. Zwei NGOs aus Südostasien – das *Third World Network* (TWN) aus Malaysia und *Focus on the Global South* mit Sitz in Bangkok – spielen beim Netzwerk eine führende Rolle. Die wachsende Bedeutung des Netzwerks hängt auch mit seiner Schlüsselrolle in Kopenhagen zusammen, weil es kritische Stimmen aus dem Inneren der Klimaverhandlungen (Regierungsvertreter des Südens, allen voran aus Venezuela und Bolivien) mit der zivilgesellschaftlichen Kritik draußen verbinden konnte.

Nach Kopenhagen wurde diese »inside-outside« Strategie aber immer problematischer. Das Einfordern von Klimagerechtigkeit im Sinne eines Ausgleiches zwischen Nationen blieb in der Sackgasse der Klimaverhandlungen stecken. So tritt das TWN für die »Rettung des Kyoto-Protokolls« ein, weil es die primäre Verantwortung des Nordens für die Emissionsreduktionen fest schreibt. Damit akzeptiert es die marktbasierende Grundlage der laufenden Klimaverhandlungen und beschränkt sich auf eine Unterstüt-

zerrolle der Regierungen des Südens, die ihr »Recht auf Entwicklung« einfordern. Für Südostasien bedeutet das, dass Staaten wie Singapur, Thailand oder Indonesien unter dem Deckmantel der Klimagerechtigkeit einen Entwicklungsweg beschreiten, der auf Kosten ihrer Bevölkerung durchgesetzt wird. Ein klimapolitisches »Recht auf Entwicklung« bedeutet in diesem Kontext einen weiteren Ausbau von Kohlebergbau und Palmölplantagen und ein Festhalten an automobil-basierten Formen von Mobilität, die gegen die ärmere Mehrheit der städtischen Bevölkerung gerichtet ist.

Focus on the Global South repräsentiert hingegen den Teil des Netzwerkes, der sich bewusst auf die »Weltkonferenz der Völker zum Klimawandel und zu den Rechten von Mutter Erde« in Cochabamba 2010 bezieht. Die anti-kapitalistischen Inhalte dieser Konferenz und das Konzept des »guten Lebens« (genug, nicht immer mehr) sind bezeichnend für die entwicklungskritischen Perspektiven der sozialen Bewegungen in Südostasien. Zurzeit ist aber noch unklar, welche konkreten Strategien sich aus einer solchen Perspektive ergeben, und welche transnationalen Vernetzungen auf dieser Basis sinnvoll sind. So bleibt die bisherige Praxis der Mobilisierung im Umfeld der laufenden Klimakonferenzen (wie zuletzt in Durban, Südafrika) und die Vorbereitung von Protestveranstaltungen draußen und Diskussionsinterventionen drinnen bestehen.

Dabei ist eine kapitalismuskritische sozio-ökologische Transformation in Südostasien – als Region wachstumsbesessener Modernisierung – dringend geboten. Für ein solches Projekt gäbe es viele Berührungspunkte mit Bewegungen in Europa, die sich im *Climate Justice Action* verorten. Ob Aktionen gegen Kohlekraftwerke und für autofreie Stadtentwicklung, ob Diskussionen um die »Green Economy« oder »Degrowth« – wir sind mit ähnlichen Fragestellungen und Herausforderungen konfrontiert. Eine Vernetzung entlang solcher Themen würde den Austausch zwischen Europa und Südostasien vertiefen und verstetigen, und die transnationalen und globalen Dimensionen von Klimagerechtigkeit als soziale und nicht als nationale Frage neu stellen.



Das Netzwerk *La Via Campesina* postuliert eine kleinbäuerliche, ökologische Landwirtschaft als Alternative zur klimaschädlichen Agro-industrie
Foto: Oliver Pye